

Paibacher Zeitung.

Nr. 153.

Pränumerationspreis: Im Comptoir ganz.
fl. 11, halbj. fl. 5-50. Für die Ausstellung ins Haus
halbj. 50 fr. Mit der Post ganz. fl. 15, halbj. 7-50.

Donnerstag, 8. Juli.

Insertionsgebühr: Für kleine Insertate bis zu
4 Seiten 25 fr., größere vor Seite 6 fr.; bei österen
Wiederholungen vor Seite 3 fr.

1880.

Richtamtlicher Theil.

2. Verzeichnis

der beim k. k. Landespräsidium eingelangten Spenden
für die durch Hagelschlag beschädigten
Bewohner von Unterkrain.

Pfarramt Lustthal, Sammlungsergebnis 22 —
Pfarramt Bischofslack, Sammlungsergebnis 54 —
Curatie Oberfehnitz, Sammlungsergebnis 3 —
Stadtgemeinde Bischofslack, Sammlungsergebnis 21 50

Aus Laibach:

Herr F. Naglas	2 —
Frau Thomschitz, Witwe	1 —
Frl. Heidrich	1 —
Herr Josef v. Gerliczky	2 —
" Franz Gotsch	2 —
" Schittnik & Kunst	3 —
" Josef Ravnicher	50 —
" August Marschalek	2 —
" Wilhelm Rudholzer	1 —
" Kapsch	1 —
Frau A. Fischer	1 —
Herr Winter	2 —
" Peter Strell	1 —
" Josef Stadler	50 —
" Kremscher	50 —
" Geba	50 —
Frau Marie Krebel	50 —
Maria Tschernischer	1 —
Herr Jakob Matjan	30 —
Caspar Achtschin	2 —
Frl. Johanna Schreitter	1 —
" Josefa Schreitter	1 —
Herr Carl Luschin	1 —
Baron Mac-Neven O'Reilly	2 —
Frau Maria Drenik	50 —
Herr Josef Bischoff	50 —
" Anton Burger	50 —
" Svoboda	50 —
" Ferdinand Vilina	1 —
Frau Jeanette Recher	5 —
Herr Josef Mateusche	1 —
Frau Fanni Kottnik	1 —
Herr v. Fladung, k. k. Lieutenant	1 —
" Dr. Josef Sajovic	2 —
" Rudolf Baron Brandau	2 —
" Michael Lentsche	1 —
" Heinrich Maurer	2 —
" Dr. Barthelma Suppanz	3 —
" Dr. Mader	3 —
" Carl Leskovic	1 —

(Fortsetzung folgt.)

Feuilleton.

Aus dem Triglavgebiete.*

(Fortsetzung.)

Gerne wäre ich hier ein wenig länger verweilt, doch heute ist keine Zeit zu verlieren, auch wird in wenigen Stunden die Nacht die Herrschaft antreten, und da wollen wir doch wenigstens schon hoch droben wandeln. Weiter denn also wieder!

Entlang der kraterartigen Umrahmung des Sees geht der Pfad; heute heißt es, einen steil zur Tiefe ziehenden Schiehang traversieren. Vorsicht ist geboten, wollen wir nicht eine unfreiwillige Fahrt zur Tiefe antreten oder nicht gar in einer der geheimnisvoll heraußschillernden Wasseradern ein kaltes Bad nehmen; wohl auf Rimmerwiederkehr. Fest den Fuß einstampfend und den Stock bergwärts gestemmt, ist leicht diese bedenkliche Stelle überwunden.

Abermals beginnt eine Wanderung über endloses Steingetrümmer und ausgewaschene Karrenfelder; die Vegetation hört gänzlich auf, und doch noch immer sind wir nicht aus dem Bereiche alles Lebens, wiederholt tauchen noch an geschützteren Punkten kleine grüne Flecken auf. Neuerlich deutet Gest auf einen Felswall, welcher anzusteigen ist; dann, so sagt er, sind wir gleich beim obersten See.

Auf dem erwähnten Felswall angelangt, umstarrt uns nichts als Schnee und wieder Schnee; es ist ein Bild strengster winterlicher Starre. Jetzt betreten wir einen mäßig großen, vollständig ebenen Plan. Der Führer hat nicht nötig zu melden, dass dies der See ist, die oberste der reizenden Bierden des Triglavgebietes. Später werden wir auch ihn in heller Schöne einmal sehen, heute ist er bis zum Grunde zu Eis erstarrt, und nur an seiner den tieferen Partien zu gelehrt. Seite ist eine kaum 2 bis 4 Quadratmeter große Lache seichten Schneewassers, welche aber auch schon wieder eine dünne Eisschicht trägt. Es ist kalt geworden, seitdem die Sonne hinter der Felsenbank untergesunken, welche den See nach Norden begrenzt. Schnell nehmen wir einen Schluck Wein und steigen weiter.

Jetzt heißt es streng aufsteigen, es ist der steilste und längste Hang der ganzen Strecke zurückzulegen. Im Spätsommer ist die ganze Halde mit todtem Gestein, welches allerorten herabstürzt, bedeckt und der Aufstieg mühsamer noch als heute, wo der Schnee, wenn auch nicht überall, trägt. — Wir sind eingedrungen in die Felsenwildnis des Triglav, das Leben liegt hinter uns, hier ist alles tot; Stein und Schnee umgeben uns.

Könnte ich doch alle, so da empfänglichen Sinnes für erhabene Naturphänomene sind, heraus zu mir jetzt rufen, damit sie, gleich mir, ein Bild zu schauen vermöchten, wie es gewaltiger und großartiger niemals denkbar. Fern im Westen, da stand der Feuerball

Nahezu umgekehrt hat sich das Verhältnis seit etwa einem Jahrzehnt. Damals erklärte ein geistreicher Minister — er ruht schon im Grabe, — er könne nur Beamte brauchen, die unbedingt seinem Impulse folgen. Er wollte nicht zugeben, dass der Beamtenstand der Träger der Staatsadministration sei. Nach seiner Meinung war dies der Minister, und der ganze Organismus der Beamtenschaft war ihm nur die sinn- und willenlose Maschine, die von dem Minister gehandhabt werden müsse.

Wie anders heute! Heute halten die Minister Ansprachen an die Beamten, aus denen die Ueberzeugung hervorleuchtet, dass das Hauptverdienst an der Bewältigung der Staatsgeschäfte eben den Beamten zugeschrieben werden müsse, dass in den Traditionen des Beamtenstandes die Bürgschaft für die Ordnung und die geistige Entwicklung des Staatswesens gelegen sei, dass der Minister an sich fast machtlos stehe, wenn ihm nicht die Unterstützung, die Cooperation seiner Beamten zur Seite steht. Diese Ueberzeugungen sind in der That aus den praktischen Erfahrungen der Minister sowohl wie der Parlamentsmitglieder hervorgegangen, und wir möchten sie nicht nur für die höchstgestellten Beamten, für die sogenannten "Referenten" akzeptieren, sondern auch für die große Gemeinde der Beamten des executive Dienstes, von welcher Branche immer. Diese haben die gleichen Traditionen, auch sie sind geziert durch unbedingte Pflichttreue, durch unveränderbare Ergebenheit für Kaiser und Reich, sowie durch selbstlose Aufopferung der besten Kräfte für das Wohl der Gesamtheit. In dem Herzen jedes Beamten haben die erwähnten Ansprachen scheidender und kommender Minister ganz gewiss freudigste Zustimmung gefunden. Sie haben aber darin zugleich — man darf dies wohl hervorheben — die Ueberzeugung wachgerufen, dass Männer, welche eine so hohe Meinung von den Verdiensten und der staatlichen Stellung des österreichischen Beamtenstandes haben, gewiss nichts unterlassen werden, um den oft geäußerten Wünschen dieses Standes gerecht zu werden."

Borgänge in Frankreich.

Die samstagige Abstimmung des französischen Senats über die Amnestie-Vorlage wird selbst von den gemäßigten republikanischen Journalen mit großem Bedauern aufgenommen. Das "Journal des Débats" macht es der Regierung zum Vorwurf, dass sie nicht für das Amendement Labiche eingetreten ist und dadurch wenigstens die indirekte Amnestie gerettet hat. Nun, da der Antrag Bozérians von dem Senate angenommen worden, räth das "Journal des Débats" der Regierung, denselben in der Deputiertenkammer zu vertreten. Dagegen ist der "Temps" der Ansicht,

der glühenden Sonne; der Monte Canin ragt majestätisch in den gelbroth angehauchten Luft-Ocean, seine unbestimmten Linien lassen ihn noch gewaltiger erscheinen, denn sonst bei Tage, und um uns her estrahlte noch einmal in zarten Linten der Schneehang, auf welchem wir standen, und drüber noch einer und wieder einer, alles im langsam ersterbenden Lichte des Tages aufleuchtend und dann im fahlen Geisterschimmer der kommenden Nacht doppelte Dimensionen annehmend. Wer solch' ein Landschaftsbild nicht erschaut, er vermag nicht zu ermessen den Jubel, so unsre Seele erfüllt, wenn wir hoch droben einsam und weltverlassen wandeln und staunend schauen die Wunder der Schönung. Bis uns nicht der Frostschauer durch Mantel und Bein gefahren, treten wir nicht neuerdings die Wanderung an; Seit erfreute mich recht herzlich durch einige Worte: "So schön habe ich's noch nie untergehen sehen; es ist doch nicht gescheit gewesen, dass wir aufstiegen." Wahrlich nicht! — "Doch noch haben wir vier Stunden bis zur Hütte!" Das waren bittere Worte. Es ist ein eigen Ding um eine Wegstrecke — wenn von einer solchen überhaupt in Schnee- und Steinwüsten die Rede sein kann — falls man sie nicht kennt; der, so sie früher zurückgelegt hat, er weiß, was ihm bevorsteht. Doch nicht so jener, der das extremal den Pfad wandelt. Und heute ist's Nacht um uns her in einer halben Stunde. Doch Seit sagt vertrauensvoll: "Ich finde bestimmt, ich führe Sie sicher." Kurz stiegen wir, oft und oft tief einbrechend, den Hang aufwärts. Weiter gegen die Höhe ward der

dass der Antrag Bozérians amtiert werden müsse, da man doch unmöglich Mitglieder der Commune, die ihrer Theilnahme an gewissen Beschlüssen wegen oder für ihre journalistische Thätigkeit verurtheilt wurden, gleich jenen gemeinen Verbrechern behandeln könne, welche jede Gemeinde benützen, um zu rauben und zu plündern. Der „Temps“ wünscht daher, dass nur die rücksätzlichen Mörder und Brandleger von der Amnestie ausgeschlossen werden sollen. Da endlich selbst das Organ Gambettas, die „République Française“, erklärt, dass die Mehrheit der Deputiertenkammer nicht absolut auf ihrem früheren Votum bestehen, sondern sich mit dem Amendement Labiche oder einem ähnlichen Compromiss begnügen könnte, so erscheint es beinahe als gewiss, dass die eingeleiteten Unterhandlungen zum Ziele führen werden. Allerdings dürfte dann in der Deputiertenkammer eine Verschiebung der Majorität von links nach rechts eintreten. Die Intransigenten werden entschieden gegen das einschränkende Compromiss stimmen, welches die Regierung beantragen soll, dafür wird das Cabinet viele Mitglieder des linken Centrums, welche gegen die allgemeine Amnestie waren, für den neuen Antrag gewinnen.

In einer Zuschrift an die radicale „Justice“ protestieren elf in Paris sich aufhaltende Russen gegen die Verhaftung zweier ihrer Landsleute, welche am letzten Samstag um 4 Uhr morgens aus ihrer Wohnung abgeholt worden sind, und gegen ihre Ausweisung aus Frankreich. „Wir glauben zu wissen“, sagt der „Temps“, „dass diese Ausweisung, die dritte, welche seit fünf Wochen verfügt worden ist, sich auf sieben Fremde erstreckt. Sie hängt durchaus nicht mit der Kundmachung vom 23. Mai (auf dem Bastilleplatz) zusammen. Auf die hervorragende Rolle, welche die Fremden in der socialistischen Agitation spielen, aufmerksam geworden, hat die Regierung sie überwachen lassen und weist jetzt alle diejenigen aus, deren Umtriebe ihr gefährlich scheinen. Diese Überwachung dehnt sich auf alle Arbeiterzentren aus, in welchen socialistische Agenten auftauchen. So wurden in Reims zwei Fremde ausgewiesen, und auch in Roubaix haben Ausweisungen stattgefunden.“

Die Jesuiten von Ville haben, indem sie sich auf den Artikel 3 der Strafprozeßordnung stützen, nach welchem außer der öffentlichen auch eine Civilklage angestrengt werden kann, gegen den Präfekten des Norddepartements einen Ersatz von 10,000 Francs für den ihnen durch die Verlezung ihres Hausrades und durch die Vertreibung aus ihrer Wohnung zugefügten Schaden eingeklagt. Dieser Prozeß wird nächsten Freitag vor dem Civilgerichte zur Verhandlung gelangen. — Die Zahl der aus Troz gegen die Wärzdecrets aus dem Staatsdienste getretenen Beamten der Staatsanwaltschaften beläuft sich schon auf 110.

Zur Orientfrage.

Wie aus Konstantinopel gemeldet wird, erwartet man, dass noch im Laufe dieser Woche die Collectivnote der Signatarmäkte des Berliner Vertrages in der griechischen Frage durch den Doyen der dortigen Botschafter, Herrn v. Noviloff, der Pforte übergeben werden wird.

Nach einer aus Athen kommenden Meldung ist die griechische Regierung, welche der offiziellen Notifizierung der Berliner Conferenzbeschlüsse in den nächsten Tagen entgegensteht, entschlossen, jede Action bis zu der zu gewärtigenden Neuzeitung der Pforte auf die Collectivnote der Mächte zu vertagen. Einstweilen trifft die Regierung alle Vorkehrungen, um die mobile

Schneefester und das Gehen weniger beschwerlich. — Raum eine Stunde ist seit dem Verlassen des obersten Sees verstrichen, der Hang ist gewonnen, wir passieren gerade wieder eine, von zwei riesigen Felsblöcken gebildete Pforte, ähnlich jener am zweithöchst gelegenen See, da zeigt sich uns ein weites, fast vollständig mit mächtigen Schneelagern ausgefülltes Hochthal von großartigstem Charakter, es sind die Hribarce.

Der Mond ist aufgegangen. In eine neue Welt, noch eigenartiger, zauberischer, denn die vorher durchwanderten Partien sich zeigten, sind wir eingedrungen. Geisterhaft recken die dieses weite Hochthal umstehenden Berge ihre Gipfel und Zackenkämme in den Nachthimmel und erscheinen in der unbestimmt beleuchtung des Mondes um so ungeheuerlicher, je tiefschwarzer der Schlagschatten an ihren Flanken herabzieht. Uns zur Linken, fast schon im Rücken, steigt noch immer beträchtlich der Gipfel des unten vom See aus als ein Berg von erdrückender Mächtigkeit erscheinenden Kau empor, ihm gegenüber steht der Konavc, von den Einheimischen kurzweg Konavc geheißen; gerade vor uns — die Richtung andeutend, die wir einzuschlagen haben — steigt ein massig Haupt empor, es ist die „Smrtnja glava“, von hier aus unstreitig das imponierendste Felsgebilde der Umgebung. Von den weiters in großem Bogen das Riesenbecken dieses Hochthales umstehenden Höhen sollen zwei die Bezeichnung Adam und Eva tragen, doch konnte ich bis nun nicht eruieren, welche dies sind.

(Fortsetzung folgt.)

Armee auf den Stand von 45,000 Mann zu bringen. Für die eventuelle Einberufung der Territorialarmee, welche 20,000 Mann zählt, werden vorerst nur Vorbereitungen getroffen.

Die Zeitungen discutieren nun, da die Berliner Conferenz ihre Arbeiten beendet hat, hauptsächlich das eventuelle Verhalten der Pforte und Griechenlands den Conferenzbeschlüssen gegenüber. Die Meinungen laufen stark auseinander. Während von der einen Seite eine nachgiebige Politik der Pforte prognostiziert wird, hält man von anderer Seite für das Wahrscheinlichste, dass dieselbe zunächst alles versuchen werde, um die Sache in die Länge zu ziehen, und dass auf eine rasche und gütliche Beilegung der türkisch-griechischen Differenzen schwer zu hoffen sei, so lange Abdin Pascha an der Spitze des auswärtigen Amtes in Konstantinopel stehe. Diese Ansicht ist nach einem Pariser Telegramm der „Königlichen Zeitung“ in dortigen griechischen Kreisen die vorherrschende, und es wird hinzugefügt, Herr von Freycinet betrachte eine Flottendemonstration für den Fall einer Weigerung der Türkei als das wahrscheinlichste Mittel, einen Druck auszuüben. Frankreich und England würden die Initiative dazu ergreifen. Von einer Meinungsverschiedenheit zwischen England und Frankreich sei keine Rede.

Aus Konstantinopel, den 3. d. M., wird den „Times“ von ihrem Correspondenten berichtet: „Die Nachrichten, welche der türkischen Regierung aus amtlichen und nichtamtlichen Quellen über die Conferenz zugekommen sind, haben Erstaunen und Erbitterung in den amtlichen Kreisen wie in den oberen Schichten der muhammedanischen Bevölkerung erregt, und man kann jetzt in den Konaks von Stambul recht trockige Reden hören nicht nur über den festen Entschluss, dem Willen Europas Widerstand zu leisten, sondern auch über mögliche Scenen von Mord und Brand. „Die christlichen Mächte — sagen die Leute — wollen uns augenscheinlich aus Europa vertreiben, aber wir werden ein Zeichen von uns zurücklassen, wenn wir über den Bosporus segeln. Beim Schlusse des letzten Krieges ließen wir geduldig das Los der Besiegten über uns ergehen und traten das Gebiet ab, welches uns entrissen wurde, aber wir sind nicht gesonnen, zwei unserer reichsten Provinzen an unsere frühere Rajah, die Griechen, wegzu geben.“ Die türkische halbnormannische Presse spricht in demselben Sinne, nur in mehr reservierter Weise. Der „Vakit“ hofft, dass, da Griechenland eine Armee von 30,000 Mann aufzustellen sich anschließe, wenigstens nichis geschehe, um die Türkei an ähnlichen Rüstungen zu hindern. Die Aufregung unter der muhammedanischen Bevölkerung ruft Bejognisse in den europäischen Stadttheilen wach, wo es viele Leute gibt, die bei jedem Sensationsgerichte in Angst und Schrecken verfallen. Ich glaube indessen nicht, dass Grund zu ernstlichen Bejognissen vorliege. Wir haben in den letzten vier Jahren gesehen, wie resigniert und theilnahmslos die Muhammedaner von Stambul sind, und man kann zuversichtlich voraussagen, dass sie sich nicht rühren werden, wenn sie nicht von den Behörden aufgestachelt wurden. Da diese aber sehr wohl wissen, dass jede ernstliche Ruhestörung in der Hauptstadt sofort das active Einschreiten Europas zur Folge haben würde, welches sie so sehr zu vermeiden trachten, so ist kaum anzunehmen, dass sie freiwillig jenes Vorgehen einschlagen werden. Dennoch muss zu gestanden werden, dass die Gefahr bis zu einem gewissen Grade besteht. Die Regierung sucht augenscheinlich Europa zu erschrecken; sie kann sich in den Mitteln zu diesem Zwecke unabsichtlich vergreifen und so eine unvorhergesehene Katastrophe herbeiführen, obschon sie weiß, dass sie zu allererst unter derselben zu leiden haben würde.“

Tagesneuigkeiten.

— (Grillparzer-Denkmal.) Das in Wien zu errichtende Grillparzer-Monument soll, wie es heißt, im Volksgarten seinen Platz finden. Die Statue, die von Professor Kundtmann in weißem Marmor ausgeführt wird, soll derart posiert werden, dass das Gesicht Grillparzers dem neuen Burgtheater zugewandt erscheint. Die Ausführung der Reliefs hat der Bildhauer Wehr übernommen.

— (Der letzte der Grafen Moor.) Am Sonntag ist in Innsbruck P. Carl Moor, Rector des dortigen Jesuitencollegiums, verschieden. Derselbe entstammt der gräflichen Familie Moor und war zu Latsch im Jahre 1824 geboren. Nach Absolvierung der Gymnasial- und juridischen Studien trat er in Staatsdienst und lebte dann auf seinen Gütern bei Meran. Nach dem Tode seiner Gemahlin, geborenen Gräfin Sarnthein, fasste er den Entschluss, die Welt zu verlassen und trotz des vorgerückten Alters als Noviz in die Gesellschaft Jesu einzutreten. Sein einziges Töchterlein, Comtesse Marie, übergab er seinem intimen Freunde Paul Giovanelli. Alle die Beschwerden, welche die strenge Lebensweise und das Studium verlangten, drohten seine Gesundheit zu untergraben und er musste die Studien auf eine Zeitlang unterbrechen. Im Jahre 1863 feierte er in Meran seine Primiz. Seine Tochter war die Braut des Primizianten. Vor einigen Jahren segnete

er den Ehebund seiner Tochter mit Josef Freiherrn v. Giovanelli in Meran ein. Seit etwa zwei Jahren war Graf Moor Rector des Jesuitencollegiums. Er war in den letzten Jahren etwas kranklich, besonders füllig. Seine hervorragenden Eigenschaften waren seine Frömmigkeit und Bescheidenheit, sowie seine Bildung und Weltkenntnis. Mit diesem Todesfalle ist der letzte aus dem Geschlechte der Grafen Moor verschieden. — (Englische Kunstsbegeisterung.) In die Pfarrkirche zu Niederdorf im Pusterthale kam jüngst ein Engländer und bewunderte daselbst die drei Altarblätter von Martin Knoller, einem der besten Tiroler Künstler. Besonders gefiel ihm das Hochaltarblatt, die „Steinigung des heiligen Stephanus“ darstellend, und auf diesem wieder die rechte Hand des Heiligen, die sich von dem Hintergrunde derart plastisch hebt, als ob sie aus dem Bilde herausgreifen würde. Der Engländer wendete sich an den Pfarrer Kosler und bot ihm die Summe von 4000 fl., wenn er zugestehen würde, dass die „rechte Hand“ des heiligen Stephanus aus dem Altarblatte herausgeschnitten und durch einen unkenntlich hergestellten Ersatz ersetzt würde. Der Pfarrer erschrak nicht wenig über eine solche Zumuthung, die er als ein Sacileg, als einen Kirchenfrevel erklärte, und der hl. Stephan blieb vor der Amputation bewahrt. Derartige Fälle von vandalischem Kunsthunstiasmus sind bekanntlich nichts Neues. Ein Engländer war es auch, der einst in Harlem viel Geld dafür bot, wenn man ihm gestatten würde, von einem der Bilder, welche die alten Grafen von Holland darstellen, einen Fuß, der sein Entzücken wachgerufen hatte, herauszuschneiden. Auch sind derartige Bilderverstümmelungen, wie man weiß, schon oft tatsächlich vorgekommen.

Locales.

Krainischer Landtag.

9. Sitzung.

Lajbach, 7. Juli.

Vorsitzender: Landeshauptmann Dr. Ritter von Kaltenegger; Vertreter der Regierung: der k. l. Landespräsident Winkler. Anwesend 34 Abgeordnete.

I. Das Protokoll der letzten Sitzung wird in deutscher Sprache verlesen.

Abg. Dr. Ritter v. Westenek bemerkt, er war während der Verlesung des Protokolls nicht anwesend. In den Zeitungsberichten habe er gelesen, dass der Abgeordnete Dr. Vošnjak gegenüber einer von ihm als Referenten gehaltenen Behauptung den Ausruf: „Das ist eine Lüge!“ gebraucht haben soll. Redner hat diesen Ausruf nicht gehört, denn sonst hätte er unbedingt den Ordnungsruft verlangt. Sollte die bezügliche Auflösung im Protokolle enthalten sein, müsste er um eine Rectificierung derselben ersuchen.

Der Landeshauptmann erklärt hierauf, dass die bezügliche Auflösung im Protokolle nicht enthalten sei.

II. Mittheilungen des Landtagspräsidiums.

Der Landeshauptmann gibt den Einlauf mehrerer Petitionen bekannt, welche den zugehörigen Ausschüssen überwiesen werden.

Bezüglich der vom Straßenausschusse Radmannsdorf überreichten Petition, auf der nach Welsches führenden Brücke eine Maut errichten zu dürfen, beantragt Abgeordneter Dr. Polakukar, dieselbe wegen Kürze der Zeit dem Landesausschusse zur Erhebung und Berichterstattung in der nächsten Session des Landtages abzutreten.

Abg. Graf Thurn constatiert, dass der Bezirk Radmannsdorf ein vitales Interesse an der Erledigung dieser Angelegenheit habe, und unterstützt diesen Antrag.

Abg. Luckmann bemerkt, er habe schon in der vorigen Session seinen Standpunkt bezüglich der Mauten definiert. Die Angelegenheit könne noch ganz gut in dieser Session ausgetragen werden, daher beantragt er die Zuweisung des Gegenstandes an den volkswirtschaftlichen Ausschuss.

Bei der Abstimmung wird der Antrag des Abgeordneten Luckmann abgelehnt und jener des Abgeordneten Dr. Polakukar angenommen.

Abg. Bleiwies und Genossen überreichen einen Antrag auf Abänderung des Gemeindegesetzes, dahin ziellend, die Erfolgung der Chemelzbettel sei über beliebige Individuen zu verweigern.

III. Abg. Dr. Ritter v. Westenek referiert namens des Verwaltungsausschusses und stellt folgende Anträge:

1.) Der Landesausschuss wird beauftragt, die k. l. Regierung unter nochmaliger Darlegung des vom Landesausschusse in der Klage vor dem k. l. Reichsgerichte bereits geltend gemachten Standpunktes um Rücknahme des Normalerlasses vom 31. Juli 1874, B. 19,620 (nach welchem die Repartition und Einhebung der Umlage der Schulgemeinden nach Art der Einhebung des Schulgeldes durch den Gemeinde-Berstand und nicht durch die k. l. Steuerämter zu erfolgen habe) zu ersuchen und über den Erfolg dieses Antrags dem Landtage in der nächsten Session zu berichten.

2.) Der Landesausschuss wird beauftragt, mit allem Nachdruck auf die endliche Durchführung des

Gesetzes vom 2. Jänner 1869 (L. G. Bl. Nr. 5) über die Bildung von Hauptgemeinden hinzuwirken und auch einer successiven Durchführung desselben zugestimmen.

3.) Der Landesausschuss wird beauftragt, die im Sinne des Gesetzes vom 3. Dezember 1868 (L. G. Bl. Nr. 17) bisher bestimmten Tagen sowie künftig hin von Fall zu Fall die noch zu bestimmenden Tagen den betreffenden l. l. Bezirkshauptmannschaften mit dem Erischen um thunlichste Ueberwachung der richtigen Einhebung derselben mitzutheilen.

4.) Der Landesausschuss wird beauftragt, darüber streng zu wachen, daß in allen Gemeinden die vorgeschriebenen Präliminarien und Rechnungen alljährlich verfaßt und geprüft werden (§ 66 G. O.), und zum Zwecke der Ueberwachung eventuell die Hilfe der l. l. Bezirkshauptmannschaften in Anspruch zu nehmen.

In der Generaldebatte ergreift das Wort Abg. Graf Thurn. Redner sagt, die Vertheilung der Hütweiden sei ein mächtiger Factor zur Hebung des materiellen Wohlstandes in Krain. Gegen die Vertheilung wirken nur die größeren Besitzer, die dadurch Vortheil von den kleineren Besitzern ziehen. Auch in national-ökonomischer Beziehung sei die Nichtvertheilung der Hütweiden von großem Schaden. Die Hütweidenrechte gewähren, obwohl sie gegen 300,000 noch in Krain umfassen und viele Millionen Wert repräsentieren, doch keinen Heller Credit. Werden dieselben endlich einmal vertheilt, dann werde sich der Realcredit in Krain um ein Bedeutendes heben.

Abg. Luckmann weist darauf hin, daß die Bevölkerung schon seit 18 Jahren mit Sehnsucht ein Gesetz über die Vertheilung der Hütweiden erwarte. In vielen Sessionen des Landtages bildete diese Frage schon den Gegenstand der Verhandlung, und der Landesausschuss wurde in der vorigen Session beauftragt, einen Gesetzentwurf darüber vorzulegen. Es seien Gründe ganz triftiger Natur, daß der Landesausschuss diesem Auftrage nicht entsprechen konnte, nämlich der im Reichsrath erst in Verhandlung kommende Gesetzentwurf über die Commassation. Redner wünscht jedoch nachdrücklichst, daß in dieser Frage so rasch als möglich etwas geschehen möge, daher stellt er den Antrag, die Regierung zu ersuchen, dem Landtage in der nächsten Session einen Gesetzentwurf über die Vertheilung der Hütweiden und Wechselgründe vorzulegen.

Der Landespräsident bezeichnet diese Angelegenheit als eine Frage von grösster Wichtigkeit. Durch Vertheilung der Hütweiden sei von den betreffenden Gründen ein bedeutend höherer Ertrag zu erwarten. Der

Landespräsident bemerkt, er habe sich bereits in früheren Jahren mit dieser Angelegenheit sehr eingehend beschäftigt. Im Görzer Landtage sei diese Frage bereits im Jahre 1863 verhandelt worden. In diesem Jahre habe Redner einen Gesetzentwurf über die Vertheilung der Hütweiden vorgelegt. Demselben wurde zwar nicht die Allerhöchste Sanction zuteil, doch nicht aus dem Grunde, als ob die Regierung mit den Principien des Gesetzentwurfs nicht einverstanden gewesen wäre, sondern nur deshalb, weil die Regierung den Umstand anerkennt, daß nicht überall die gleichen Verhältnisse herrschen. Was der einen Gemeinde oft recht ist, entspreche der andern nicht. Darum habe die Regierung dem Görzer Landtage bedeutet, von Fall zu Fall, wie dies im Gemeindegesetze bereits enthalten ist, Gesetze über Vertheilung der Hütweiden zu beschließen. Es werde daher auch hierzulande leichter sein, für einzelne Gemeinden Gesetzentwürfe über die Vertheilung zu beschließen, als ein Formular festzustellen, welches allen Gemeinden entspricht, da weder die Regierung noch der Landtag imstande sein dürften, ein allen Verhältnissen entsprechendes Regulativ festzustellen. Der Landespräsident verspricht, die Regierung werde sich eingehend mit dieser Frage beschäftigen, und sollte es ihr gelingen, allgemein entsprechende Grundsätze festzustellen, so werde sie nicht erlangen, dieselben dem Landtage vorzulegen. Bishin aber empfehle es sich unter allen Umständen, die Vertheilung von Fall zu Fall einzuleiten. (Bravo.)

Abg. Pfeiffer erblickt in den Anträgen 3 und 4 des Ausschusses die Tendenz, daß die einzelnen Gemeinden noch mehr als bis jetzt unter die Polizeiaufsicht der l. l. Bezirkshauptleute gestellt werden sollen und ihnen so der letzte Rest der Autonomie entzogen werden solle. Sollten die Ausschusserträge faktisch zur Durchführung gelangen, so werde sich jeder befähigte und unabhängige Mann hüten, das Bürgermeisteramt zu übernehmen. Gegen nachlässige Gemeinden könne man auf Grund der §§ 88 und 89 ganz entsprechend einschreiten. Ebenso biete, was die Gemeindehaushaltung betrifft, der § 66 des Gemeindegesetzes genügenden Anhalt, den Vorstand zur Rechnungslegung zu veranlassen. Was die Gemeindezuschläge betrifft, so müsse der Gemeindevorstand dieselben nach § 83 öffentlich kundmachen, der l. l. Bezirkshauptmannschaft sodann die Bitte vorlegen, daß dieselben von den l. l. Steuerämtern eingehoben werden dürfen, und sind erstere höher, so muss nach § 79 des Gemeindegesetzes noch die Zustimmung des Landesausschusses eingeholt werden. Nicht allein die Gemeinden, sondern auch manche Bezirkshauptmannschaften, welche öffentliche Angelegenheiten vom Parteistandpunkte entscheiden und auf diese Weise die

Autorität der Gemeinde untergraben, verdienen gerügt zu werden. Redner erklärt, als wahrer Freund der Autonomie gegen die beiden letzten Anträge stimmen zu müssen, damit den Wunsch verbindend, es möge den autonomen Gemeinden eine längere Lebensdauer beschert sein, als den Bezirkshauptmannschaften in ihrer jetzigen Organisation.

Abg. Graf Thurn verspricht sich von der Bildung der Hauptgemeinden zwar nicht goldene Berge, doch findet auch er es hoch an der Zeit, daß zur Bildung derselben endlich geschritten werde. Größere Gemeinden werden ihre Secretäre besser entlohnen, daher auch fähigere Individuen hiezu anstellen können. Die Localpolizei werde dann gleichfalls besser besorgt werden, umso mehr, als nach dem neuen Polizeistrafgesetze ein bedeutender Theil der Agenden der Judicatur der Gerichte zugewiesen wird. Die Auslagen werden sich verringern und die Gemeinden hiedurch wieder zu Kräften gelangen. Redner spricht sich gegen die Einführung der Bezirksscommissariate aus, denn diese würden durch Polizeichicanen die Gemeinde-Autonomie, welche nach mühevollen Kämpfen errungen wurde, ernstlich schädigen. Die Autonomie aber müsse man doch unversehrt dem Vaterlande und der Nachwelt erhalten.

Abg. Dr. Schaffer weist darauf hin, daß der Gesetzentwurf über die Hütweidenvertheilung im Landesausschusse schon vorbereitet war, als seitens des Ackerbauminsteriums die Mittheilung kam, daß dem Reichsrath ein Gesetz in dieser Angelegenheit werde vorgelegt werden. Ein Landesgesetz hätte früher, bevor die Reichsvertretung die allgemeinen Principien festgestellt habe, keine Aussicht, sanctioned zu werden. Redner empfiehlt, die Gemeinden mögen die Beschlusssfassung darüber durch Petitionen an die hohe Reichsvertretung urgieren.

Abg. Dr. Pollakar constatiert, daß die Frage der Vertheilung der Hütweiden in jedem Landtage und in jeder Generalversammlung der Ländwirtschaftsgesellschaft zur Sprache gekommen sei und wiederholt auf die endliche Lösung derselben bezügliche Anträge gestellt wurden. Zwei Millionen Mehrertragnis würden die Hütweiden abwerfen, wenn sie in Wiesen, Aecker und Gärten umgewandelt würden. Redner glaubt aber, es sei denn doch nötig, die Beschlusssfassung der Reichsvertretung abzuwarten, auf Grundlage welcher dann, wie der Herr Landespräsident ganz richtig bemerkte habe, ein Landesgesetz werde erfließen können.

Abg. Baron Apfaltrer bemerkt, die Ansichten der Commissionen der Reichsvertretung seien bis nun noch sehr von einander abweichende, man sei nicht einmal über die wesentlichen Principien einig. Jedenfalls aber werde die Commassation, so lange die Freiheitlichkeit des Grundes und Bodens wie in Krain noch besteht, ihre Wirkungen sehr bald verlieren.

Hiermit ist die Generaldebatte geschlossen.

In der Specialdebatte zum Antrag 1 des Ausschusses spricht Abgeordneter Svetec. Redner kann sich mit dem Operate, welches der Landesausschuss über die künftige Zusammensetzung der Gemeinden vorgelegt hat, nicht befrieden. Das Gesetz vom Jahre 1869 bestimmt, es sollen Hauptgemeinden mit 3000 Seelen gebildet werden, und wo grössere Gemeinden bestehen, solche nur in besonders berücksichtigungswerten Fällen ausnahmsweise getrennt werden. In dem Operate des Landesausschusses sei nun gerade das Entgegengesetzte der Fall. Es werde darin ein Unterschied gemacht zwischen den Interessen der Stadt- und Marktgemeinden und jenen der Landgemeinden, obwohl dieselben identisch seien. Man habe überhaupt in ganz Europa nirgends mehr den Curienunterschied, selbst in Ungarn nicht, nur in Cisleithanien werde er noch gepflegt. Die grossen Gemeinden, welche seit mehr als 30 Jahren zusammengehören, sollen nun plötzlich zerstückelt werden, und insbesondere sind es Stadt- und Marktgemeinden, welche auf eine sehr geringe Seelenzahl nach dem neuen Operate reduziert werden sollen.

Wenn man nun fragt, daß die jetzigen Gemeinden für die Erfüllung ihrer Aufgabe nicht geeignet seien, wie können es dann noch kleinere werden? Man hat das Gesetz eben auf den Kopf gestellt und die gestattete Ausnahme zum Grundsatz gemacht. Große Gemeinden, wie es die Mairien waren, oder die Gemeinden mit Oberländern, solche strebe das Gesetz vom Jahre 1869 an. Die Petitionen mehrerer Stadtgemeinden um Trennung von den Landgemeinden seien von Laibach aus provoziert worden, überhaupt blicke aus dem Operate sehr der Parteistandpunkt hervor. Redner erachtet schließlich, die Regierung möge dem ungesetzlichen Operate, welches den Interessen der Gemeinden entgegenstehe, ihre Zustimmung versagen.

Abg. Pfeiffer constatiert die Wandlungen des Herrn Abgeordneten Svetec, der in einer Session etwas für weiß erklärte, was er schon in der nächsten als schwarz bezeichnete. Die dem Abg. Svetec zugezogenen "Dobro"-Rufe haben den Redner staunen gemacht, da der Abgeordnete doch für Hauptgemeinden eintrat, von denen die Herren der Gegenpartei bekanntlich jahrelang nichts wissen wollten. Ein Mitglied der Gegenpartei, Herr Lavrenčič, habe noch vor kurzem in beredter Weise der Trennung der Gemeinde Ober-

feld von Wippach das Wort gesprochen, heute scheinen plötzlich andere Anschaungen bei der Gegenpartei eingekreist zu sein. Die meisten Zuschriften der Gemeinden in dieser Angelegenheit sprechen sich dahin aus, sie hätten mit den Städtern nichts Gemeinsames; heute nun behauptet Herr Svetec gerade das Entgegengesetzte. Redner nennt sich als den Verfasser des Operates und versichert, in demselben den Wünschen der Landgemeinden, die doch sonst die Herren der andern Partei allein zu vertreten für sich beanspruchen, in liberalster Weise Rechnung getragen zu haben. Sagen doch die Landgemeinden immer, sie seien die Besitzenden und die Städter und Märkte seien Bettler, daraus erkläre sich auch die jahrelang gehiegte Sehnsucht, aus diesen Verbänden endlich herauszukommen. Selbst die Landgemeinden Gottschees, ebenso wie die Stadtgemeinde Gottschee, wollen absolut von einer Vereinigung nichts wissen, da die Stadtgemeinde Gottschee befürchtet, sie könnte von den auswärtigen Gemeinden majorisiert werden, so daß es eines schönen Tages dahin kommen könnte, daß der Bürgermeister von Gottschee etwa zwei Stunden weit weg in einer Landgemeinde wohnen würde. Gegen die Behauptung des Abgeordneten Svetec endlich, als seien Petitionen auf Trennung von Gemeinden von Laibach aus „bestellt“ worden, verwahrt sich Redner aufs entschiedenste.

Abg. Lavrenčič bemerkt, für die Scheidung der Gemeinde Oberfeld von Wippach seien besondere Verhältnisse maßgebend und beide Theile damit einverstanden gewesen, um gegenseitig die Kosten zu verringern. Doch will die Gemeinde Oberfeld durchaus nicht, wie dies im Operate bestimmt ist, mit der Gemeinde Poljane vereinigt werden.

(Schluß folgt.)

— (Aus dem Landtage.) Das Ergebnis der gestrigen Landtagssitzung, deren detaillierten Bericht wir in unserer morgigen Nummer zu Ende führen, war die nach mehrstündigem, sehr bewegter Debatte erfolgte Annahme aller vier obenangeführten, vom Referenten des Verwaltungsausschusses Dr. Ritter v. Bestened im Namen desselben gestellten Anträge. Außerdem wurden noch die Voranschläge der Landesstiftungsfond pro 1880 und 1881 genehmigt und über mehrere Petitionen Beschluss gefasst. Die weiteren Punkte der Tagesordnung konnten nicht mehr erledigt werden und mussten auf die heutige Sitzung verschoben werden, nachdem die Debatte über die Anträge des Verwaltungsausschusses so große Dimensionen angenommen hatte, daß die Zeit inzwischen allzu vorgerückt war. Um 3 Uhr wurde die öffentliche Sitzung geschlossen; ihr folgte noch eine kurze vertrauliche Sitzung. — Mit Bezug auf den Bericht über die montägige Landtagsverhandlung ersucht uns der Herr Abgeordnete Dr. Bošnjak, seiner Erklärung Raum zu geben, daß er dem stenographischen Protokolle zufolge bestimmt erklärt habe, in der Sitzung des Finanzausschusses, in welcher das Dankesvotum an den Herrn Landeshauptmann besprochen wurde, zugegen gewesen zu sein und gegen den Antrag gestimmt zu haben.

— (Aus der Handelskammer-Sitzung.) Die kranische Handels- und Gewerbeleiter hat in ihrer gestern abends abgehaltenen Sitzung ihrem Präsidenten Herrn Alexander Dreß für die Errichtung eines einmaligen Stipendiums von 300 fl. am technologischen Gewerbeamuseum in Wien den verbindlichsten Dank votiert und überdies folgende Beschlüsse gefasst: a) Die Genehmigung des Tarifes der Waggonstalt in Neiße zu befürworten; b) die Betriebsverwaltung der Kronprinz-Rudolfsbahn zu ersuchen, daß die Büge Nr. 703 und 704 bis Laibach, beziehungsweise Larvis ausgedehnt werden, und daß die Station Ratschach den Namen Weißensel erhalte; c) dahin zu wirken, daß das Postamt Weißensel auch Pakete bis 5 Kilo aufnehmen und auch telegraphische Postanweisungen befördern dürfe; d) die Gesuche um Wiedererrichtung des Postamtes Burzen befürwortend dem l. l. Handelsministerium vorzulegen; e) das Gesuch um Mautbefreiung der Fuhrten vom Bahnhofe in die Stadt Krainburg beim l. l. Finanzministerium zu befürworten; f) der l. l. Landesregierung die erbetene Neuherzung dahin abzugeben, daß sich die Kammer gegen die Marktconcessions-Ertheilung an die Ortsvermögensverwaltung Ebenthal ausspreche.

— (Philharmonische Liedertafel.) Die philharmonische Gesellschaft veranstaltet nächsten Montag im Casinogarten ihre statutenmäßige Sommer-Liedertafel. Obwohl dieselbe seit jeher zu den beliebtesten und besuchtesten Unterhaltungssabenden der jeweiligen Sommersaison zählt, verspricht sie heuer überdies noch dadurch ein erhöhtes Interesse zu gewinnen, da es der Direction der Gesellschaft gelungen ist, das renommierte Schantel'sche Waldhornquartett der Wiener Hofoper zur Mitwirkung an diesem einen Abende zu gewinnen. Das genannte, aus durchwegs virtuosen Musizistern bestehende Quartett wird sich hiebei theils in Solopiecen, theils in Begleitmusik produzieren und durch seine Mitwirkung dem Männerchor ermöglichen, einige der schönsten deutschen Chöre, die speciell für Waldhornbegleitung komponiert sind, bisher jedoch in Laibach unserer trübseligen musikalischen Verhältnisse wegen in dieser Vollkommenheit noch nicht vorgeführt werden konnten, vorzutragen.

